

Anforderungen an eine verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik

Von [Klaus M. Leisinger](#)

Bevölkerungspolitik ist unerlässlicher Bestandteil einer nachhaltigen und menschengerechten Entwicklungspolitik. Sie muss den Zielen der Entwicklungspolitik untergeordnet sein. Dies betonen auch die Grundsätze des Aktionsprogramms der UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung in Kairo (ICPD 1994). Danach sind reproduktive Gesundheit und Familienplanung immer im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext und im Zusammenhang mit folgenden Grundsätzen zu sehen:

- Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat universale Gültigkeit.
- Der Mensch steht im Mittelpunkt der Bemühungen um eine tragfähige Entwicklung und hat ein Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur.
- Das Recht auf Entwicklung ist ein universelles und unveräußerliches Menschenrecht.
- Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowie der Ermächtigung (empowerment) von Frauen, die Beseitigung jeder Form von Gewalt gegenüber Frauen sowie die Gewährleistung der Entscheidungsfreiheit von Frauen über ihre Fruchtbarkeit sind Eckpfeiler der bevölkerungs- und entwicklungsrelevanten Programme.
- Staaten haben die Pflicht, auf Armutsüberwindung, Verteilungsgerechtigkeit und Umwelterhaltung sowie auf das Recht auf Bildung für alle Menschen hinzuwirken.

Bevölkerungspolitik nimmt unter anderem Einfluss auf den intimsten Bereich menschlichen Handelns: das generative Verhalten. Je nach Beschaffenheit der Bevölkerungspolitik eines Landes wird in unterschiedlichem Maße in das Recht der Eltern, eigenverantwortlich über die Anzahl ihrer Kinder zu entscheiden, eingegriffen. Eingriffe dieser Art bedürfen der sozial- und individualethischen Legitimation; zum einen, weil die Freiheit der Menschen vor staatlichen Eingriffen und gesellschaftlichem Druck generell zu schützen ist; zum anderen, weil durch solche Eingriffe menschliche Werte und – zumindest dort, wo zur Geburtenregelung Abtreibungen vorgenommen werden – menschliches Leben zur Disposition steht. Eine ausschließlich statistisch geführte Diskussion erfüllt diese Anforderungen an eine menschengerechte Bevölkerungspolitik nicht. Das Ziel einer verantwortungsvollen Bevölkerungspolitik ist nämlich nicht die Stabilisierung einer bestimmten Bevölkerungszahl oder die Verminderung der Gebur-

tenraten an sich, sondern die Verbesserung der Lebensqualität der in den betreffenden Gesellschaften lebenden Menschen.

Anhaltend hohes Bevölkerungswachstum gefährdet insbesondere die Gesundheit von Frauen und Kindern sowie die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungschancen der betroffenen Gesellschaften. Es gefährdet auch die lokalen und regionalen Ökosysteme und damit die Zukunft der Spezies Mensch mit ihrem Anspruch auf individuelle Freiheit. Diese Gefahren sind ernst genug, um das Recht auf uneingeschränkte Fortpflanzung in Frage zu stellen. Wie notwendig nachhaltige Anstrengungen im Bereich Familienplanung sind, zeigt die „worst case“-Projektion der Bevölkerungsabteilung der UN: Würden die Fertilitätsraten von heute in den nächsten 150 Jahren gleich bleiben, müsste die Welt im Jahr 2150 fast 300 Milliarden Menschen ernähren. Natürlich sind das rein theoretische Rechenübungen, da soziale und ökologische Faktoren unberücksichtigt bleiben. Das Szenario zeigt jedoch zumindest, dass Zufriedenheit mit dem heute Erreichten völlig verfehlt wäre.

Wird ein uneingeschränktes Recht der Eltern zur Weitergabe von Leben abgelehnt, oder werden Einschränkungen dieses Rechtes durch die Gesellschaft gefordert, dann stellt sich die Frage nach den Kriterien und Wertprämissen, unter denen dies geschehen soll. Es leuchtet ein, dass dies wohl kaum materielle Kriterien sein können – etwa nach dem Motto: „Wer reich ist, darf so viele Kinder haben, wie er oder sie will; wer arm ist, hat sich zu beschränken.“ Es dürfen auch keine ethnischen Kriterien sein, etwa nach Maßgabe der Herkunft und Hautfarbe. Schließlich sollen auch keine machtpolitischen Kriterien gelten, nur weil diejenigen, die über Machtmittel und Waffen verfügen, ihre Interessen in der Völkergemeinschaft besser durchsetzen können. Die wesentlichen Fragen sind diejenigen der Ethik und Legitimation von Normen und Prozessen, die eine Bevölkerungspolitik menschengerecht und akzeptabel machen.

Ethisch akzeptabel ist Bevölkerungspolitik, wenn sie von der gegenseitigen Anerkennung der Menschen als Wesen gleicher Würde ausgeht, menschliches Leid und Ungerechtigkeit mindert sowie Freiheit, Gerechtigkeit und Handlungsoptionen mehrt. Der langfristigen Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse und der Verwirklichung sozialer Ziele in Würde und Freiheit kommen dabei große Bedeutung zu. Eine solche Bevölkerungspolitik ist getragen vom Respekt vor dem menschlichen Leben. Dieses Leben schließt auch künftige Generationen mit ein. Eine ethisch legitimierte Bevölkerungspolitik muss deshalb primär darauf ausgerichtet sein, diejenigen sozialen Rahmenbedingungen zu schaffen, welche Eltern *freiwillig und in eigenverantwortlicher Entscheidung* sowie rückgebunden an das Gemeinwohl motivieren, die Anzahl ihrer Kinder auf dasjenige Maß zu beschränken, das mit nachhaltiger Entwicklung vereinbar ist.

Literatur / Links

D. Callahan: Ethics and Population Limitation, in: M.D. Bayles (Hg.), Ethics and Population, Cambridge Mass. 1976, S. 19-40.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.): Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD). Blaue Reihe, No. 54, Bonn 1994.

L. Lassonde: Coping with Population Challenges. London 1997.

K.M. Leisinger: Die sechste Milliarde. Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung. München 1999.

Klaus M. Leisinger / Karin Schmitt / Pandya Lorch: Six Billion and Counting. Population Growth and Food Security in the 21st century. Johns Hopkins University Press / IFPRI, Baltimore /Washington D.C. 2002; (Translation into Chinese, 3rd printing Beijing 2003)

N.E. Riley: Gender, Power and Population Change. Population Bulletin, Vol. 52, No. 1, Washington D.C. 1997.

E. Schockenhoff: Genug Platz für alle?. Ostfildern 1992.

Ders.: Ethische Prinzipien der Bevölkerungspolitik und der Familienplanung. in: H. Baumgartner, W. Böhm und M. Lindauer (Hg), Fortschritt als Schicksal? Weder Verheißung noch Verhängnis, Stuttgart und Leipzig 1996, S. 83-100.

Ders.: Ethik des Lebens. Ein theologischer Grundriss. Mainz 1993.

UNFPA/Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.): Weltbevölkerungsbericht 1997. Das Recht zu wählen: reproduktive Rechte und reproduktive Gesundheit. Bonn 1997.

Dies.: Weltbevölkerungsbericht 1998. Die neuen Generationen. Bonn 1998.

Cairo Programme of Action: <http://www.iisd.ca/Cairo/program/p00000.html>

UNFPA (<http://www.unfpa.org>)

Stand: Dezember 2007

Nachdruck und Weiterverwendung des Artikels unter Angabe der Quelle erlaubt. Um Zusendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Das Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts wird gefördert von

Robert Bosch Stiftung